

Fünftes Alumni-Treffen der Trierer Politikwissenschaft 2009

Am 13. und 14. Februar 2009 fand an der Universität Trier das fünfte Alumni-Treffen der Trierer Politikwissenschaft statt. Dieses ist – wie auch in den Jahren zuvor – auf große Resonanz gestoßen. Den Auftakt bildete die „Berufsberatung von Alumni für Trierer Politikstudenten“, an der einige Ehemalige den Studierenden einen Einblick in spätere Berufsfelder ermöglichten. An der Berufsberatung wirkten folgende Alumni mit: Karin Firla (PR-Beraterin von Hoff Kommunikation GmbH), Lotte Frach (Arbeitsgebiete im Bundestag: Wissenschaftlicher Dienst, Abgeordnetenbüros, Fraktionen), Martin Lücker (Pressereferent und PR-Berater bei Kienbaum Consultants), Christine Streichert-Clivot (SPD Saarland: Arbeit in Parteien und Nichtregierungsorganisationen), Michael Sander, M.A. (Doktorarbeiten, Stipendien).

Für den anschließenden Festvortrag konnte Reinhard Bütikofer, ehem. Bundesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Thema "Ein Grüner New Deal - Warum Wirtschaftskrise und Klimakrise eine gemeinsame Antwort verlangen" gewonnen werden. In seinen Ausführungen, die von Herrn Prof. Dr. Uwe Jun moderiert wurden, beschäftigte sich Herr Bütikofer mit der Verbindung von ökologischem und ökonomischem Handeln bei der Bekämpfung der Wirtschafts-, Finanz- und Klimakrise. Hierbei richtete er sein Augenmerk auf die vier folgenden Fragen: Wo stehen wir? Was müssen wir fürchten? Was können wir hoffen? Was ist zu tun?



Die Versuche, die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise mit Konjunkturpaketen zu bekämpfen, unterzog Reinhard Bütikofer einer kritischen Bestandsaufnahme. Weder seien die Hilfen ausreichend noch sei deren Finanzierung langfristig geklärt. Darüber hinaus verstärkte sich die ohnehin schon alarmierende Dynamik des Klimawandels. Allen voran die Beschränkung der CO₂-Emissionen halte er für schwer erreichbar bis unrealistisch.

Neben dem Klimawandel gehören Herrn Bütikofer zufolge insbesondere die Wasserprobleme zu den besorgniserregenden Aspekten internationaler Ordnungspolitik. Wasser werde in Zukunft kostbarer als Öl. Es werde sowohl Regionen ohne Wasser geben als auch Hochwasser an Küsten, wodurch die Zahl der Klimaflüchtlinge weiter ansteige. Schwer vorhersehbar seien die Reaktionen der Staaten auf diese Entwicklungen. Als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise und aufgrund der Verflochtenheit aller Staaten sei ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten. In Europa würden die ökonomischen Disparitäten, die auch durch die Wirtschaftspolitik Deutschlands verursacht seien, weiterverschärft. Möglicherweise zöge dies eine Zersprengung der Euro-Zone nach sich. Welt weit werde es eine neue Phase des Protektionismus geben und auch Staatspleiten seien zu befürchten. Zudem würden sich sowohl die Gegensätze zwischen den Staaten als auch innerhalb von Staaten vergrößern.



Trotz all dieser gravierenden Probleme birgt die derzeitige Wirtschafts-, Finanz- und Klimakrise aus Sicht Herrn Bütikofer auch die Möglichkeit zu einer Neuorientierung. Hoffnung sieht er in einem Grünen New Deal, der sich an dem New Deal des US-Präsidenten Roosevelt orientieren sollte, den dieser als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise 1929 verabschiedet hatte. Solch ein Grüner New Deal bedürfe erstens eines internationalen Regulierungsrahmens für die Wirtschaft, wie dies momentan in Gestalt der G20 begonnen werde. Zweitens solle der Staat durch Investitionen als Akteur in die Wirtschaft eingreifen und schließlich eine gezielte Armutsbekämpfung durch soziale Sicherung geführt werden. Vonnöten sei eine neue Ethik, in der die Menschen aus eigener Überzeugung heraus zum Schutze der Umwelt ein Leben mit niedrigerem CO₂-Verbrauch anstrebten.

Besondere Verantwortung bei der Umsetzung solch eines Grünen New Deals haben Reinhard Bütikofer zufolge die Industriestaaten, allen voran Europa. Für eine internationalabgestimmte Vorgehensweise biete die Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen ein geeignetes Forum. Der Erfolg sei allerdings davon abhängig, inwieweit einzelne Staaten, wie z.B. die USA, Indien und China, bei ihrer Außenpolitik dem Primat der heimischen Politik folgen oder der übergeordneten Zielsetzung, den CO₂-Verbrauch zu senken.

Mit Blick auf die Entwicklungsländer empfahl Herr Bütikofer eine Praxis des „opportunity sharing“ anstelle des „burden sharing“. Als weitere praktische Beispiele für eine wirtschafts- und klimapolitische Umorientierung nannte er Auflagen für Energieeffizienz in der Automobilbranche, Innovationen wie z.B. die Batterietechnik für Elektroautos, oder das so genannte „Carbon Pricing“, im Zuge dessen CO₂-Emissionen Geld kosten. Auf diese Weise könnte der wirtschaftliche Wettbewerb als Instrument des Klimaschutzes genutzt werden. Zum Abschluss seines Vortrags erklärte Herr Bütikofer, dass eine Revolution für erneuerbare Energien und Energieeffizienz eine essentielle Voraussetzung für die Gestaltung einer grünen Marktwirtschaft sei. Er bekundete, dass es sowohl Hoffnung für einen Grünen New Deal gäbe als auch erste praktische Schritte seiner Umsetzung. Damit sich diese Hoffnung bewahrheitete sei, so Reinhard Bütikofer, ein grundlegender Einstellungswandel der Menschen erforderlich.

Im Anschluss an den Festvortrag übergaben Herr Prof. Dr. Uwe Jun und Herr Prof. Dr. Hanns W. Maull den mit 500 € dotierten Förderpreis für die beste politikwissenschaftliche Magisterarbeit des Jahres 2008. Ausgezeichnet wurde Michel Dormal für seine Abschlussarbeit „Terror und Politik. Eine politische Analyse des Islamismus aus Sicht einer Kritischen Theorie von Antisemitismus und totaler Herrschaft“, die von Herrn Prof. Dr. Winfried Thaa betreut

wurde. Außerdem wurde bekannt gegeben, dass dank des privaten Stifters und Mitglied des Alumni-Vereins, Jens Tolckmitt, künftig ein zweiter Förderpreis für die beste politikwissenschaftliche Magisterarbeit aus dem Bereich der Politischen Ökonomie verliehen wird.



Am folgenden Samstag fanden dann drei Vorträge Trierer Professoren mit anschließenden lebhaften Diskussionen statt. Den Auftakt bildete Herr Prof. Dr. Jun mit seinen Ausführungen zu dem deutschen Parteienwettbewerb im Wahljahr 2009 und den Entwicklungen im deutschen Parteiensystem generell. Zu beobachten sei in Deutschland eine zunehmende Fragmentierung, d.h. eine steigende Zahl relevanter Parteien. Bezugnehmend auf Umfrageergebnisse der Sonntagsfrage, hat Herr Prof. Dr. Jun zufolge keine der drei kleineren Parteien (FDP, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen) ein Problem, bei der nächsten Bundestagswahl die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen. Darüber hinaus sei das deutsche Parteiensystem durch eine zunehmende Segmentierung gekennzeichnet, d.h. eine steigende Zahl möglicher Koalitionsbildungen. Eine Ursache für die zunehmende Segmentierung sah Herr Prof. Dr. Jun in der wachsenden Polarisierung der kleineren Parteien. Demgegenüber führe die programmatische Annäherung zwischen den großen Parteien zu Einbußen bei Landtagswahlen und der Sonntagsfrage.



Anschließend bilanzierte Herr Prof. Dr. Joachim Schild die französische EU-Ratspräsidentschaft. Dem französischen Präsidenten, Nicolas Sarkozy, sei es gelungen, viele – primär im französischen Interesse – liegende Themen auf die europäische Agenda zu setzen, wie beispielsweise die Mittelmeerunion. Obschon diese nach französischen Vorstellungen auch aus Mitteln der EU finanziert werden soll, kämen als Mitgliedereinzig Anrainerstaaten in Frage. Als zweites Beispiel für die nationalstaatliche Projektion französischer Interessen auf die europäische Ebene führte Herr Prof. Dr. Schild die Einwanderungspolitik an, bei der Frankreich vor allem eine Begrenzung und Differenzierung der Zuwanderung angestrebt habe.

Sehr erfolgreich sei die französische Ratspräsidentschaft beim Krisenmanagement gewesen. So habe Sarkozy Irland nach dem „Nein“ zum Vertrag von Lissabon das weitere Vorgehen selbst überlassen. Im Georgienkonflikt habe die EU unter der Führung Sarkozy serstmals eine zentrale Vermittlerrolle eingenommen. Darüber hinaus sei es bei der Finanzkrise gelungen, nationale Alleingänge zu verhindern und einen gemeinsamen Rahmen für Konjunkturpakete zu finden. Demgegenüber stünden die Aufweichung der Stabilitätskriterien und eine weniger strikte Wettbewerbspolitik. Abschließend hob Herr Prof. Dr. Schild hervor, dass Frankreich nach Ende seiner Ratspräsidentschaft seine Koordinierungsrolle relativ schnell wieder aufgegeben und sich in Alleingängen versucht habe, die nicht zuletzt die deutsch-französische Freundschaft beschädigt hätten.



Im dritten Vortrag widmete sich Herr Prof. Dr. Maull der neuen amerikanischen Regierung unter der Führung Barack Obamas und dessen Umgang mit der internationalen Finanzkrise. Herrn Prof. Dr. Maull zufolge ist der eigentlich bemerkenswerte Wahlsieg Obamas jener in den Primaries. Dort habe Obama sein großes Organisationstalent und seine politische Professionalität unter Beweis gestellt. Nicht mehr überraschend sei dann der Wahlsieg über John McCain gewesen. Die Erwartungen an die Präsidentschaft Obamas seien

sowohl national als auch international sehr groß. Eine große Präsidentschaft werde die Amtszeit Obamas nach Einschätzung von Hanns W. Maull in jedem Falle werden – ob im Erfolg oder im Scheitern. Neben den innenpolitischen Reformen im Finanz-, Gesundheits- und Schulwesen sehe sich Barack Obama auch in der Außenpolitik mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert, wie der aktuellen Finanzkrise, dem „Global War on Terror“ sowie der internationalen Klima- und Umweltpolitik. Entscheidend sei hierbei, dass der neue Präsident das Ansehen der USA, das insbesondere während der ersten Amtszeit der Präsidentschaft Bushs schwer beschädigt worden sei, wieder herzustellen versuche. Obschon dieses äußerst anspruchsvollen Unterfangens nannte Herr Prof. Dr. Maull drei Gründe für einen vorsichtigen Optimismus: die Persönlichkeit von Barack Obama; der politische Wandel, der sich in den USA insgesamt zeige; sowie der Bedarf einer globalen amerikanischen Führungsrolle. Zugleich gebe es auch Gefahren, die zu einem Scheitern Obamas führen könnten. Schwer absehbar sei derzeit das gesamte Ausmaß der internationalen Finanzkrise, hinter welcher weitere schwere Systemkrisen, wie der Klimawandel oder die Probleme der Energieversorgung stünden. Diese miteinander verflochtenen Krisen könnten noch für etliche Turbulenzen in den internationalen Beziehungen sorgen – und damit auch für das Krisenmanagement unter Barack Obama.

Carina Dengler / Antonia Reglin